

„Viele tausend Schutzengel“

Ein Münchner Arzt, der seit 20 Jahren nichts anderes macht, als Abtreibungen durchzuführen, ist für CSU-Politiker und Lebensschützer in Bayern zur Reizfigur geworden. Jetzt soll das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden, ob er seine Praxis schließen muß.



Mediziner Stapf: „Abtreibungsarzt war immer mein Traumberuf“

Mit Schwung rauscht der große Mercedes-Kombi in die Tiefgarage vor der Fäustlestraße 5 im Münchner Westend. Es ist ein heißer Sommertag in der bayerischen Landeshauptstadt. Friedrich Stapf, 52, kommt, erhitzt, das schulterlange Haar vom Wind zerzaust, in Hawaiihemd und Jeans von einer Landpartie am Ammersee.

Stapf ist Deutschlands bekanntester Abtreibungsarzt, er macht ausschließlich Schwangerschaftsabbrüche. Mindestens 70 000 Abtreibungen hat er in seinem Leben selbst vorgenommen, seit 20 Jahren täglich bis zu 20.

Der Mann verkörpert fast alles, was die bodenständigen Konservativen in Bayern hassen: Der Mann ist bekennender Feminist und macht kein Hehl aus seinem Hang zu schnellen Autos, Segeljachten, schönen Frauen und dem guten Leben, das ihm seine stark frequentierte Praxis ermöglicht.

Im Gegensatz zu den meisten Abtreibungsärzten will Stapf vor allem nicht verschämt im stillen wirken. Öffentlich und leidenschaftlich wirbt er dafür, seine Tätigkeit als „hochqualifizierte medizinische Dienstleistung“ anzuerkennen.

Der Mediziner versteht es wie wenige, sich in den Medien zu bewegen. Es bereitet ihm sichtbar Vergnügen, seine schillernde Persönlichkeit vor großem Publikum zu entfalten.

Bei Margarethe Schreinemakers berichtete er ausführlich vom zweifachen Überschlag in seinem Mercedes SL 500 bei 250 Stundenkilometern auf der Autobahn Stuttgart-München, nachdem er am Steuer eingeschlafen war. Zufällig hatte die Polizei ein Video davon gedreht. Stapf überlebte wie durch ein Wunder beinahe unverletzt. Auf die Frage, ob er daraufhin gläubig geworden sei, antwortet der hauptberufliche Engelmacher: „Nein, aber ich habe ja viele tausend Schutzengel.“

Provozieren ist Stapfs Leidenschaft. Aus Lust am Streit legt er sich mit den Mächtigen im CSU-Staat an. Die katholische Kirche nennt der überzeugte Agnostiker „die größte Terrororganisation der Geschichte“, eine „Gefährdung der Staatssicherheit“, um die sich „der Verfassungsschutz kümmern müßte“. Früher habe sie die Kreuzzüge angezettelt, nun setze sie die Menschen mit absurden Moralvorstellungen psychisch unter Druck: „Heute sagen

sie, ‚du sollst nicht vögeln‘ – morgen vielleicht, ‚du sollst nicht Süßigkeiten essen‘.“

Die bayerische Regierung beschimpft er öffentlich, eine „grauslige, extrem fundamentalistische“ Einstellung zu Ausländern, Drogen und dem Paragraphen 218 zu pflegen. Seine politische Intimfeindin, Familienministerin Barbara Stamm, verhöhnt er durch Karikaturen in seiner Praxis: Zwei Bilder in fotorealistischer Air-Brush-Technik zeigen die Politikerin im Trachtenkostüm, mit dümmlichem Lächeln – der Apfel der Verführung liegt vor ihr auf dem Tisch, in der Hand hält sie ein rosa Kondom.

Das Freund-Feind-Denken in Bayern ist traditionell stärker ausgeprägt als in anderen Teilen der Republik. Doch Feinde, wie Friedrich Stapf sie hat, muß man sich auch hier verdienen.

„Da oben sitzt der Massentöter“, ruft der CSU-Landtags-

abgeordnete Thomas Zimmermann, im Zivilberuf Chirurg, bei einer Debatte im bayerischen Parlament und zeigt mit ausgestrecktem Finger zur Zuschauertribüne auf den Abtreibungsarzt.

„Sie sind eine Bestie in Menschengestalt“, schrieb ihm ein Anonymus. So „kaltblütig“, wie er morde, werde auch er ermordet, wenn die Abtreibungen nicht sofort gestoppt würden, drohte er.

Der in CSU-Kreisen hoch angesehene Professor für Frauenheilkunde, Ingolf Schmid-Tannwald, ein radikaler Abtreibungsgegner, will Stapf am liebsten aus der Ärztekammer ausschließen lassen. Einer wie er sei kaum besser als die Mediziner im Dritten Reich, die am sogenannten Euthanasieprogramm mitwirkten.

Der „Killer“ Stapf tötete in seinem „Embryonalmordinstitut“ massenhaft „Menschen auf Bestellung“, assistiert der Ulmer Mediziner und Lebensschützer Siegfried Ernst.

All das ficht Stapf jedoch nicht an. Er ist Überzeugungstäter: „Abtreibungsarzt war immer mein Traumberuf.“

Sein Schlüsselerlebnis hatte er 1968. Damals begleitete der Medizinstudent seine

FOTOS: W. M. WEBER

23 Jahre alte schwangere Freundin zur illegalen Abtreibung. Der Eingriff wurde ohne Betäubungsmittel durchgeführt. Stapf fiel beim Anblick der großen Blutmenge, die auf den Boden rann, in Ohnmacht. Doch er war „fasziniert von diesem Handwerk“.

In der Frauenklinik Wiesbaden sah der Famulus bald darauf wöchentlich Dutzende verpfuschter Abtreibungen, die offiziell als Fehlgeburten deklariert wurden. Seit her rebelliert er gegen die Strafverfolgung bei Schwangerschaftsabbrüchen.

Daß er durch Abtreibungen „Leben töte“, wolle er gar nicht beschönigen, sagt Stapf. Er sei aber überzeugt, daß durch Zwang und einen Mangel an medizinischer Versorgung kein Abbruch verhindert werde.

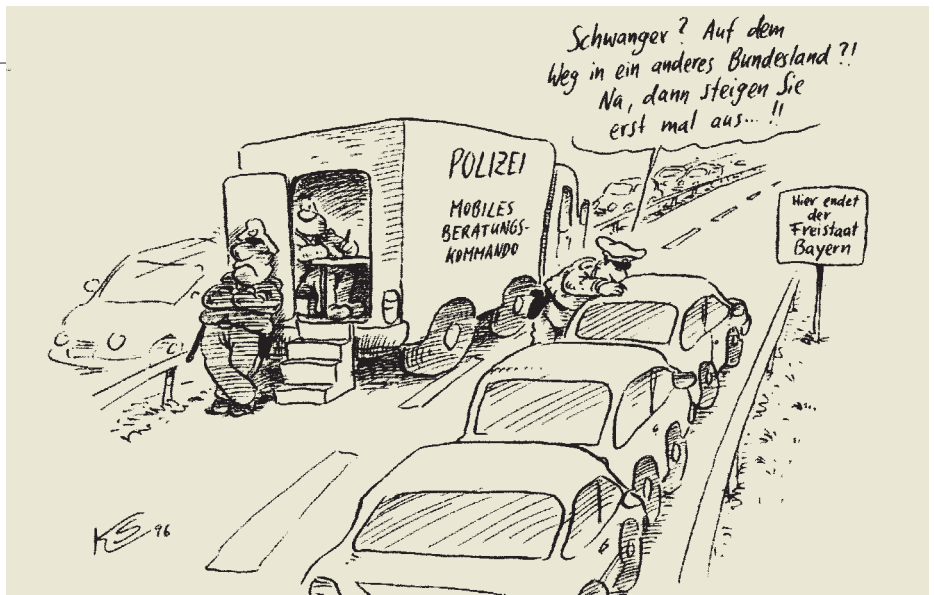
Der alerte Mediziner versteht sich nicht nur als Arzt, er macht Politik. Er beriet die ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Uta Würfel, die 1992 maßgeblich an der Neufassung des Paragraphen 218 beteiligt war. Die SPD-Politikerin Renate Schmidt ließ er einen Tag im weißen Kittel in seiner Praxis hospitieren. Im Bundestagssonderausschuß zum „Schutz des ungeborenen Lebens“ trat er als Sachverständiger auf. Dort beeindruckte und schockierte er die Parteienvertreter gleichermaßen mit seiner profunden Kenntnis des Abtreibungsgewerbes.

Derzeit klagt Stapf zusammen mit vier weiteren Medizinern vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das bayerische Sondergesetz, das den bundesweiten Abtreibungskompromiß von 1995 verschärft. Mit dem „Schwangerenhilfseergänzungsgesetz“ will die Münchner Staatsregierung hauptberufliche Abtreiber wie Stapf wirtschaftlich aushungern. Es verbietet, mehr als 25 Prozent der Praxeiseinnahmen durch Abbrüche zu erzielen. Außerdem sollen nur noch Gynäkologen den Eingriff vornehmen dürfen – Stapf ist lediglich Allgemeinmediziner.

Bayern möchte abtreibungswilligen Frauen eine „gewisse Hürde“ (Stamm) in den Weg stellen – der Schwangerschaftsabbruch soll nicht zu leicht zu haben sein. Nur etwa hundert Ärzte haben bislang den nach dem bayerischen Sondergesetz erforderlichen Antrag auf Abtreibungserlaubnis gestellt, nur etwas mehr als die Hälfte von ihnen möchte, daß ihr Name in Beratungsstellen genannt wird.

Stapf offeriert exakt das, was Bayern zu verhindern sucht: An zentralem Ort, für jede Frau leicht erreichbar, bietet er den ambulanten Schwangerschaftsabbruch als erschwingliche Dienstleistung an – für 490 Mark, in unkomplizierter Atmosphäre, mit besonders geschultem, freundlichem Personal.

Schuldgefühle, auf die in Bayern besonders großer Wert gelegt wird, werden in seiner Praxis nicht geschürt: Im Ruheraum



hat Arzthelferin Verena zur Erheiterung der wartenden Frauen das Radio lauter gedreht. Aus dem Lautsprecher dringt der aktuelle Hit der Band Die Ärzte: „Männer sind Schweine ... sie wollen alle nur das eine.“

Daß Stapf ein exzellenter Handwerker ist, der seine Patientinnen umsichtig und professionell behandelt, bezweifeln nicht mal seine Gegner. Doch macht er sich durch seine Biographie auch angreifbar.

Medizin studierte Stapf zunächst nur, um vom Wehrdienst zurückgestellt zu werden. Er hat nie promoviert, die Facharzt Ausbildung zum Gynäkologen in Wiesbaden brach er nach zwei Jahren ab. „Wer einen Namen hat, braucht keinen Titel“, spottet er.

Fünf Jahre arbeitete er als Notarzt, 1980 eröffnete er mit einem Kollegen in Wiesbaden seine erste – gutgehende – Abtreibungspraxis. Zwei Jahre später landete er für ein paar Wochen im Gefängnis – wegen des Konsums von Kokain. Ein Drogendealer hatte ihn verpfiffen.



Abtreibungsgegner Stoiber, Stamm
Freund-Feind-Denken stark ausgeprägt

Als er herauskam, hatte die Bank sämtliche Kredite gekündigt. Stapf saß auf zwei Millionen Mark Schulden, die zum Teil durch den Verkauf der Praxis getilgt wurden. Den Rest stotterte der ruinierte Mediziner in Raten ab.

Vier Jahre lebte er als Hausmann und Vater in Wiesbaden, nach weiteren fünf Jahren hatte er sich durch die Mitarbeit in

einer gynäkologischen Praxis im hessischen Langen finanziell saniert.

1991 eröffnete er mit Unterstützung des damaligen Stuttgarter Gesundheitsreferenten und Ersten Bürgermeisters Rolf Thieringer (CDU) eine private Abtreibungsambulanz in den Räumen der städtischen Frauenklinik Berg. Thieringer begründete sein Votum für Stapf: „Ihre Kokaingeschichte sehe ich als Jugendsünde an, Stuttgart ist schließlich auch in der Drogenrehabilitation engagiert. Sie haben den Vertrag.“

Ins katholisch-schwarze Bayern schaffte es der gebürtige Münchner schließlich zwei Jahre später – gegen alle Widerstände.

Politiker und Kollegen wie Gynäkologe Schmid-Tannwald hetzten gegen den „Fließbandabtreiber“. Die Staatsregierung kündigte an, sie werde „mit allen Mitteln den Intentionen des Herrn Stapf in Bayern aufs heftigste entgegentreten“. Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden ermittelte gegen ihn wegen Mordverdachts: Der Arzt sollte in den siebziger Jahren vier unheilbar an Krebs erkrankten Frauen die Todesspritze gegeben haben.

Das Verfahren wurde nach zwei Jahren eingestellt, und Stapf erhielt seine Zulassung in der letzten, eigens dafür einberufenen Sitzung des Zulassungsausschusses vor dem von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) verfügten Niederlassungsstopp. Dem Zulassungsausschuß gehörten damals auch der Münchner AOK-Geschäftsführer Johann Fahn, der Vorsitzende der Münchner Kassenärztlichen Vereinigung Guido Hofmann und der Vorsitzende der Vereinigung der Bayerischen Internisten Hartmut Stöckle an.

In wenigen Wochen soll das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden, ob Stapf – wie von der bayerischen Regierung gewünscht – seine Praxis wieder zusperren muß. Bleibt er, kann die CSU, die sich pflichtgemäß entrüstet hat, bestimmt auch damit leben. „Die Wahrheit ist doch“, gesteht Stapf-Gegner Schmid-Tannwald, „wir brauchen einen wie ihn.“

Susanne Koelbl